

Weiterhin viele Schulabbrecher

Große regionale Unterschiede

BERLIN (epd). Etwa jeder 20. Schüler in Deutschland geht ohne Abschluss von der Schule ab. Wie aus einer am Montag veröffentlichten Bildungsstudie der Caritas hervorgeht, liegt der Anteil der Schulabbrecher, die den Hauptschulabschluss nicht erreicht haben, bei 5,6 Prozent. Der Erhebung nach ist die Quote erstmals seit fünf Jahren nicht gesunken.

Innerhalb Deutschlands zeichnen sich bei den Schülerzahlen ohne Abschluss erhebliche Unterschiede ab. Während die Quote in Hamburg und Bayern bei 4,4 Prozent liegt, erreicht sie in Mecklenburg-Vorpommern 9,6 Prozent. Heidelberg (Baden-Württemberg) sowie die bayerischen Landkreise Eichstätt und Bad Kissingen gehören mit einer Quote von nur 1,7 Prozent zu den Spitzenreitern. Im Landkreis Mansfeld-Südharz (Sachsen-Anhalt) ist der Anteil mit am höchsten und liegt bei 12,6 Prozent.

Der Präsident der Caritas Deutschland, Peter Neher, appellierte an Politik, Schulen, Arbeitsämter und Unternehmen stärker zu kooperieren. „Das gelingende Miteinander von Schulsozialarbeit, frühen Hilfen, Berufsberatung und Elternarbeit trägt entscheidend dazu bei, dass Kinder und Jugendliche ihren Hauptschulabschluss erreichen“, teilte Neher mit. Wer die Schule ohne Abschluss verlässt, habe deutlich weniger Chancen auf einen Ausbildungsplatz und somit fast zwangsläufig eine schlechte berufliche Perspektive. Seit 2009 analysiert die Caritas die Zahl der Schulabbrecher ohne Hauptschulabschluss. Für die Studie wurden Daten aus mehr als 400 kreisfreien Städten und Landkreisen ausgewertet.

KURZ GEMELDET

Höheres Kindergeld

Familien werden die zum 1. Januar beschlossene Kindergelderhöhung von vier Euro je Kind frühestens im September auf ihren Konten sehen. Dann zahle die Familienkasse erstmals die erhöhten Kindergeldbeträge an die 8,9 Millionen Berechtigten aus, teilte die zuständige Bundesagentur für Arbeit mit. Die Nachzahlungen sollen im Oktober abgeschlossen sein. Für das erste und zweite Kind gibt es künftig 188 Euro, für das dritte Kind 194 Euro und für jedes weitere Kind 219 Euro pro Monat. 2016 soll das Kindergeld um nochmals um zwei Euro steigen. **dpa**

Tod in der Zelle

Ein mutmaßlicher Rechtsextremist, der eine Serie von Brandanschlägen auf Regierungs-, Parlaments- und andere Staatsgebäude in Berlin gestanden hatte, ist tot. Der 48-Jährige wurde am Montagmorgen leblos in seiner Zelle im Untersuchungsgefängnis Moabit gefunden. Für ein Fremdverschulden gebe es keine Anzeichen, hieß es in Justizkreisen. Der Musiklehrer hatte nach seiner Festnahme am Donnerstag ein Geständnis abgelegt. Gegen den Verdächtigen war Haftbefehl wegen Brandstiftung erlassen worden. Unter anderem hatte der Mann versucht, das Kanzleramt anzuzünden. **dpa**

Walker tritt an

Der US-Gouverneur Scott Walker hat als 15. Republikaner seine Präsidentschaftsbewerbung verkündet. „Ich bewerbe mich als Präsident, weil die Amerikaner einen Anführer verdienen, der für sie kämpft und gewinnt“, schrieb der Gouverneur des Bundesstaats Wisconsin am Montag im Onlinedienst Twitter. Der 47-Jährige zählt zu den konservativeren Bewerbern im republikanischen Feld, in Umfragen liegt er in der Spitzengruppe. Walker hat seinen traditionell linksliberalen Bundesstaat umgekrempelt. Der Gouverneur strich staatliche Programme und verschärfte Abtreibungsgesetze. **AFP**



Thailändische Bauern gehen über ein ausgetrocknetes Feld nördlich von Bangkok.

FOTO: AFP

Dürre bremst Wachstum

Thailands Regierung rechnet mit weniger Wirtschaftsleistung / Politisch ist die Lage noch stabil

VON UNSEREM KORRESPONDENTEN
CHRISTIAN MIHATSCH

BANGKOK. Das Wetterphänomen El Niño sorgt für eine Dürre in Thailand. Dadurch wird die Reis- und Zuckerrohrernte beeinträchtigt. Zudem droht Bangkok, das Wasser auszugehen, wenn Meerwasser den Fluss hochdrückt. Die thailändische Hauptstadt Bangkok hat nur noch Wasser für einen Monat, sagt der Chef des städtischen Wasserwerks, Thanasak Watanathana.

In den drei wichtigsten Stauseen des Landes waren Anfang November fünf Milliarden Kubikmeter Wasser, drei Milliarden weniger als normal. Jetzt sind es noch 660 Millionen, so wenig wie zuletzt vor 28 Jahren. Die Zehn-Millionen-Metropole Bangkok liegt kurz vor der Mündung des Chao-Phraya-Flusses in den Golf von Thailand. Wenn der Wasserstand im Fluss zu stark abfällt, fließt Meerwasser flussaufwärts. Dieses Brackwasser kann nicht für die Aufbereitung von Trinkwasser genutzt werden. „An manchen Tagen, wenn das Wasser zu salzig ist, entnehmen wir dem Fluss kein Wasser. Dann nutzen wir den Wasservorrat in den Kanälen“, erklärt Watanathana. Doch diese Vorräte sind begrenzt: „Wir können die Wasser-

entnahme aus dem Fluss für drei Stunden anhalten.“ Aus diesem Grund ruft Watanathana die Stadtbevölkerung auf 60 Liter Wasser pro Kopf einzulagern und Wasser zu sparen. Doch der Spar-Appell hat wenig Erfolg: „Wasser ist zu billig, daher sehen die Menschen kein Bedürfnis zu sparen.“ Wasser kostet in Bangkok weniger als 25 Cents pro 1000 Liter. „Bangkok ist vielleicht die Großstadt mit dem billigsten Wasser auf der Welt.“

Reis vertrocknet auf den Feldern

Die Dürre ist aber nicht nur ein Problem für Bangkok, sondern auch für die Bauern entlang des Chao Phraya, Thailands Lebensader. Normalerweise pflanzen sie im Mai die Reissetzlinge aus. Die Regierung hat die Bauern dazu aufgerufen, bis Ende Juli zu warten – in der Hoffnung, dass es bis dann regnet. Viele haben sich aber nicht an diese Bitte gehalten und müssen nun mit ansehen, wie ihr Reis verdorrt. Aus diesem Grund häufen sich Fälle von Wasserdiebstahl. Manche Kanäle werden von Soldaten bewacht.

Bislang hatte die Dürre auch noch keine politischen Auswirkungen. Unter der vorherigen Regierung unter Premierministerin Yingluck Shinawatra erhielten die Bauern Subventionen für Reis. Nach

dem Militärputsch durch Prayut Chan-ocha im Mai 2014 wurden diese Subventionen abgeschafft. „Aus politischer Sicht wird eine anhaltende Dürre die Abneigung gegen das Militär verstärken“, sagt Ambika Ahuja von der Eurasia Group, einer Beratungsfirma für politische Risiken. „Es ist unwahrscheinlich, dass die Situation kurzfristig destabilisiert wird, wenn nicht noch andere Gründe hinzukommen. Die Regierung war geschickt beim Ersticken der Opposition.“ Diese Meinung teilt Kongkiat Opaswongkarn, von Asia Plus Securities in Bangkok: „Ich glaube nicht, dass es zu Protesten kommt. Wenn die Situation so kritisch wird, dass die Bauern anfangen zu protestieren, wird die Regierung Subventionen aufliegen, um die Bauern zu beruhigen.“

Das US-Landwirtschaftsministerium rechnet damit, dass Thailands Reisernte auf ein Elf-Jahres-Tief fallen wird. Beeinträchtigt wird auch die Zuckerrohrernte. Thailands Finanzministerium schätzt, dass wegen der Dürre das Wirtschaftswachstum 0,5 Prozent geringer ausfällt.

Das Wetterphänomen El Niño führt zu einer Erwärmung des Meeres vor der Westküste Südamerikas. Dadurch ändert sich das Wetter in weiten Teilen der Welt. In Südamerika regnet es mehr und in Südostasien weniger.

Ein streitbarer Netzwerker mit vielen Seiten

Philipp Mißfelder ist tot

BERLIN (dpa). Das mit dem Hüftgelenk, das ist Philipp Mißfelder nie mehr losgeworden. Hochbegabter Netzwerker, außenpolitischer Experte, trotz junger Jahre bereits langjähriger Bundestagsabgeordneter und sehr gut verdienender Multifunktionsträger – ohne Zweifel war Mißfelder ein Politiker mit sehr vielen Seiten.

Ein Satz aber, den der oft Streitbare vor mehr als einem Jahrzehnt gesagt hat, hat den hochgewachsenen Mann begleitet. „Ich halte nichts davon, wenn 85-Jährige noch künstliche Hüftgelenke auf Kosten der Solidargemeinschaft bekommen“, sagte Mißfelder 2003. Gedacht war das als Beitrag zur finanziellen Basis des deutschen Gesundheitssystems. Viele Jahre später gab ihm dafür sogar die Bundeskanzlerin, auf deren Wort Mißfelder so viel Wert gelegt hatte, einen mit. Den scheidenden JU-Chef – über zwölf Jahre führte er die Junge Union – erinnerte sie im September 2014 daran, dass sein Start „unglücklich“ gewesen sei. Danach, da habe er das mit dem Zusammenhalt der Generationen aber dann verstanden.

Vielleicht noch wichtiger als die Kanzlerin war dem Mann aus dem Ruhrgebiet



Philipp Mißfelder wurde nur 35 Jahre.

FOTO: DPA

der Kanzler der Einheit. „Es waren die Deutsche Einheit und die Politik von Helmut Kohl, die mich zur CDU führten“, sagte Mißfelder. Oft und bis zuletzt hat Mißfelder den Altkanzler besucht.

Ärger brachte Mißfelder ein, als durch eine Pflichtveröffentlichung des Bundestags herauskam, dass er neben seinen Einkünften als Abgeordneter noch mehr als 100.000 Euro Zweitbezüge vom Kunst- und Lifestyle-Verlag teNeues bekommt.

2006 heiratete Philipp Mißfelder. Er hinterlässt seine Frau und zwei kleine Kinder. Sein Tod kam vollkommen überraschend. Nach einem Leben unter hohem Druck starb Mißfelder, in dem manche eines der größten Talente der Union sahen, mit nur 35 Jahren an einer Lungembolie.

Kein Rezept gegen den Landärzte-Mangel

2016 tritt ein Gesetz in Kraft, das mehr Ärzte aufs Land locken soll / Schon jetzt gibt es daran heftige Kritik

VON UNSEREM KORRESPONDENTEN
BERNHARD WALKER

BERLIN. Papier ist ja bekanntlich geduldig. Und so ist es auch mit dem Papier, auf das die große Koalition ihr „Versorgungsstärkungsgesetz“ gedruckt hat – also das Gesetz, das eine „flächendeckende und möglichst gut erreichbare medizinische Versorgung“ und eine „bessere geographische Verteilung“ der Ärzte erreichen soll. Jedenfalls ist nicht zu erwarten, dass das Gesetz, das im Frühjahr 2016 in Kraft tritt, dem Landarztmangel abhelfen wird.

So schreibt Schwarz-Rot vor, dass auf Ebene der Länder ein Gremium der Kassenärzte und der Krankenkassen dort Arztsitze auflösen soll, wo laut Statistik Überversorgung besteht. Ab einem „Versorgungsgrad“ von 110 Prozent kann das Gremium den Sitz aufgeben. Beträgt der Grad 140 Prozent, soll der zuständige Ausschuss dies tun. Union und SPD legen aber größten Wert auf die Feststellung, dass dies kein Automatismus sei.

Und den gibt es tatsächlich nicht. Wenn der Ausschuss nämlich meint, dass es vor Ort Gründe gibt, die Praxis beizubehalten, bleibt alles beim Alten. Einer

dieser Gründe ist laut Gesetz beispielsweise, dass – offizielle Überversorgung hin oder her – lokal ein besonderer Bedarf an einem Arztsitz besteht. Die 110- und 140-Prozent-Regel führt also keineswegs zu einem Arztprixen-Kahlschlag. Was auch daran liegt, dass im zuständigen Ausschuss die regionale Kassenärztliche Vereinigung (KV) Sitz und Stimme hat.

Von Seiten dieser Vereinigungen wie der Bundesvereinigung der Kassenärzte hatte es in den letzten Monaten massive Kritik an dem Gesetz gegeben. Sie betonten, dass ein Abbau an statistischer Überversorgung am Ärztemangel auf dem Land nichts ändert. Dieser Hinweis hat einiges für sich. Es ist ja nicht so, dass es im ländlichen Raum automatisch mehr niedergelassene Ärzte gibt, wenn weniger Arztsitze in der Großstadt ausgewiesen werden. Diese Umverteilung würde nur klappen, wenn der Staat den Medizinern befiehlt würde, wo sie sich niederlassen müssen. Das tut er aber nicht, so dass den politisch Verantwortlichen nur bleibt, mit Förderprogrammen und guten Arbeitsbedingungen um neue Landärzte zu werben. Ob dies gelingt, entscheiden aber nicht Gesetze aus dem fernen Berlin, son-



Sie werden seltener: Arztprixen auf dem Land.

FOTO: DPA

dern das Engagement von Bürgermeistern, Landräten und der regionalen KV. Das Versorgungsstärkungsgesetz macht also leere Versprechen. Und geht den zweiten Schritt vor dem ersten.

Die Frage, ob vor Ort Überversorgung oder Mangel besteht, wird anhand einer Richtlinie bemessen, die der Gemeinsame Bundesausschuss der Ärzte und Kassen mit großem Aufwand erstellt hat. Allerdings ist die große Koalition selbst der Meinung, dass die aktuelle Richtlinie

nicht verlässlich abbildet, wo wie viele Ärzte welcher Fachrichtung für eine gute Versorgung nötig sind. Deshalb bekommt der Bundesausschuss im „Versorgungsstärkungsgesetz“ den Auftrag, die Richtlinie bis 2017 zu überarbeiten.

Für eine Novelle gibt es auch allen Grund, weil die Richtlinie teilweise ungenau ist. So sind bisher fachärztlich tätige Internisten wie Kardiologen, Rheumatologen, Gastroenterologen oder Diabetologen in einer Gruppe zusammengefasst. Sind in einer Region viele Diabetes-Spezialisten und Kardiologen tätig, weist die Statistik Überversorgung aus – auch wenn es in dieser Region wenige Rheumatologen gibt. Die Novelle der Richtlinie könnte auch dazu beitragen, dass jedenfalls fürs Erste die 110- und 140-Prozent-Regel folgenlos bleibt. Denn im zuständigen Landesgremium kann der KV-Vertreter mit Hinweis auf die Widerspruchlichkeit des Gesetzes auf die Bremse treten. Widersprüchlich ist das Gesetz fraglos: Es schafft eine Regel zum Abbau von Überversorgung und stellt fest, dass die Statistik und Arztmangel bemessen werden, nicht aussagekräftig genug ist.